

BIS HIERHIN ...



Schulden sind böse. Wirklich?

Sie sind das Fundament des modernen Kapitalismus.
Ohne Schulden keine Frühstücksbrötchen, kein Auto, kein Urlaub.
Warum wir entspannter mit ihnen umgehen sollten

ABER WIE WEITER?



Im Faulturm im fränkischen Dinkelsbühl wurden vor Jahrhunderten Schuldner weggesperrt, wenn Kredite geplatzt waren (links). Im Turm der Europäischen Zentralbank in Frankfurt wird der Euro als Kreditgeld geschöpft – der Beginn eines Schuldenverhältnisses

Schulden sind böse, unmoralisch, verwerflich. Ein Sündenfall der Gegenwart. Das scheinen viele Deutsche – und nicht nur sie – immer noch zu glauben. Natürlich sind Schulden eine unangenehme Sache. Wer fürchtet sich nicht vor der Post eines Inkasso-Instituts, weil Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt werden konnten? Vor dem Insolvenzverwalter, der unter bangen Blicken der Angestellten das Büro eines klammen Unternehmens betritt?

Schulden haben immer auch etwas Bedrohliches. Das hat historische Gründe: Schuldner landeten in früheren Jahrhunderten im Schuldenturm, einem besonderen

Gefängnis für säumige Zahler. In England konnte es sie noch schlimmer erwischen: Dort wurden sie manchmal sogar hingerichtet. Diese kollektive Erinnerung verhindert bis heute, dass wir Schulden nüchtern betrachten. Und selbst große Teile der Wirtschaftswissenschaft hadern mit ihnen. Ökonomen mahnen, wir dürften nicht »über unsere Verhältnisse« leben. Wir würden künftigen Generationen inakzeptable Lasten auferlegen, weil die gesamten Staatsschulden der Bundesrepublik sich inzwischen auf fast 2,5 Billionen Euro belaufen. Billionen! Der Haken: Bis auf die Zahl 2,5 Billionen Euro ist an dieser Mahnung eigentlich nichts richtig. Wie bitte?

Seit Jahrtausenden prägen Schulden die Zivilisationen diesseits des Atlantiks: von Europa über das Zweistromland bis nach Indien und China. Schulden sind nichts anderes als der Ursprung des Geldes. Schulden sind das, was den Kapitalismus am Laufen hält. Ohne Schulden würde es den Kapitalismus gar nicht geben, und unser Wohlstand wäre auch passé.

»Unsere gängige Darstellung erzählt die Geschichte des Geldes genau verkehrt herum. Wir fingen nicht mit Tauschhandel an, entdeckten dann das Geld und entwickelten schließlich Kreditsysteme«, schrieb der amerikanische Kulturanthropologe David Graeber 2011 in seinem fulminanten

Werk Schulden. Die ersten 5000 Jahre. Das Buch war eine Sensation, denn es erzählte die Geschichte des Wirtschaftens ganz anders, als es an Schulen und Universitäten üblich war. Graeber hatte sich die Mühe gemacht, die Befunde seiner Zunft aus einem Jahrhundert akribisch zusammenzutragen, und eine beachtenswerte Schlussfolgerung daraus gezogen.

Ökonomen gehen seit Adam Smith davon aus, dass Geld als besonders effizientes Tauschmittel erfunden wurde. Anstatt sich den Kopf zerbrechen zu müssen, ob eine Jacke nun zwei, drei oder gar fünf Hühner wert sei, hätten die Menschen irgendwann vor langer Zeit Geld als Wertmaßstab dazwischengeschaltet. Auf Märkten sei es fortan möglich gewesen, Geld gegen Jacke oder Geld gegen Hühner zu tauschen. Nicht Jacke gegen Hühner. Wo genau das zum ersten Mal geschehen ist, das verliert sich im Nebel der Geschichte und der Hypothesen. Graeber stellt lapidar fest: »Seit Jahrhunderten suchen Forscher mittlerweile nach diesem sagenhaften Land des Tauschhandels – alle ohne Erfolg.«

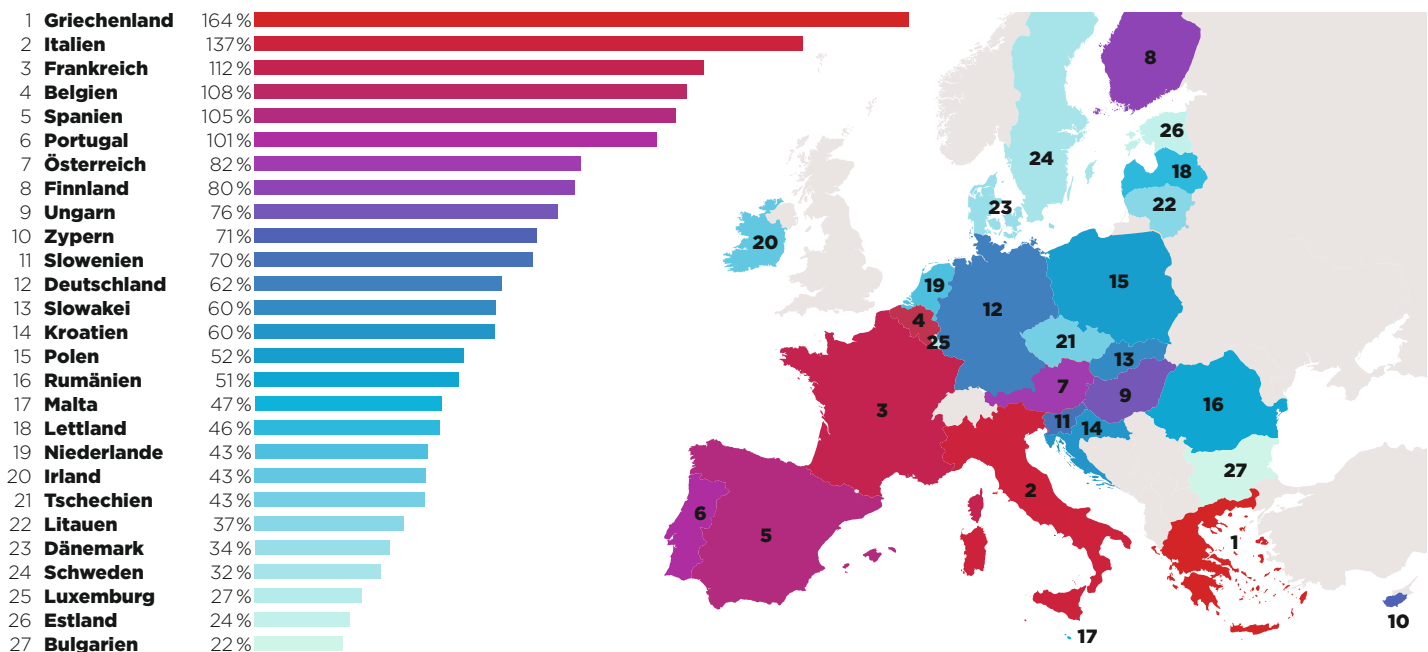
Gefunden haben Anthropologen, Archäologen und Historiker aber etwas anderes, und zwar Aufzeichnungen aus allen Epochen darüber, dass Menschen anderen etwas schuldeten. Die ältesten bekannten Aufzeichnungen dieser Art sind 4.400 Jahre alte Tontafeln aus dem Zweistromland. Auf ihnen war vermerkt, dass Bauern einem Tempel Getreidesäcke, Ziegen oder Hühner schuldeten – die Tempel jener Zeit dienten auch als staatliche Vorratslager.

Später wurden für solche Aufzeichnungen dann Tierhäute, Papyrusrollen oder Kerbhölzer genutzt, also mobile Mittel, die leichter waren als Tontafeln. Wohl von Anfang an konnten diese Schuldaufzeichnungen weitergegeben werden, um eine anders geartete Schuld zu verrechnen. Bis am Ende der Kette jemand zum ursprünglichen Schuldner ging und sagte: Jetzt will ich die Getreidesäcke, Ziege oder das Huhn haben. Die Schuldaufzeichnungen nahmen auf diese Weise die Form von Geld an; genauer gesagt von Kreditgeld, was späteren Wechseln oder den ersten Banknoten am Ende des europäischen Mittelalters entspricht.

Eine besondere Form gab es im 7. oder 8. Jahrhundert v. Chr. im östlichen Mittelmeerraum: die Münze, die bis heute unsere Vorstellung von »echtem« Geld prägt. Könige gaben Münzen an Söldner heraus und führten zugleich ein, dass ihre Untertanen Steuern in Form von Münzen zu zahlen hatten. Ein erster Kreislauf aus Kreditgeld entstand: Der König beglich seine Schulden bei den Söldnern, die für ihn Krieg führten, in Münzen, und die Untertanen beglichen ihre Schulden gegenüber dem König, weil der sie vor feindlichen Armeen beschützte – auch in Münzen. Dazwischen tauschten die Söldner ihre Münzen bei den Untertanen gegen Lebensmittel und andere notwendige Dinge ein. Spätestens seit Einführung der Münzen hatte Geld auch die Funktion eines Tauschmittels. Münzen waren also ebenfalls Kreditgeld – ohne Schuldenbeziehung nicht denkbar.

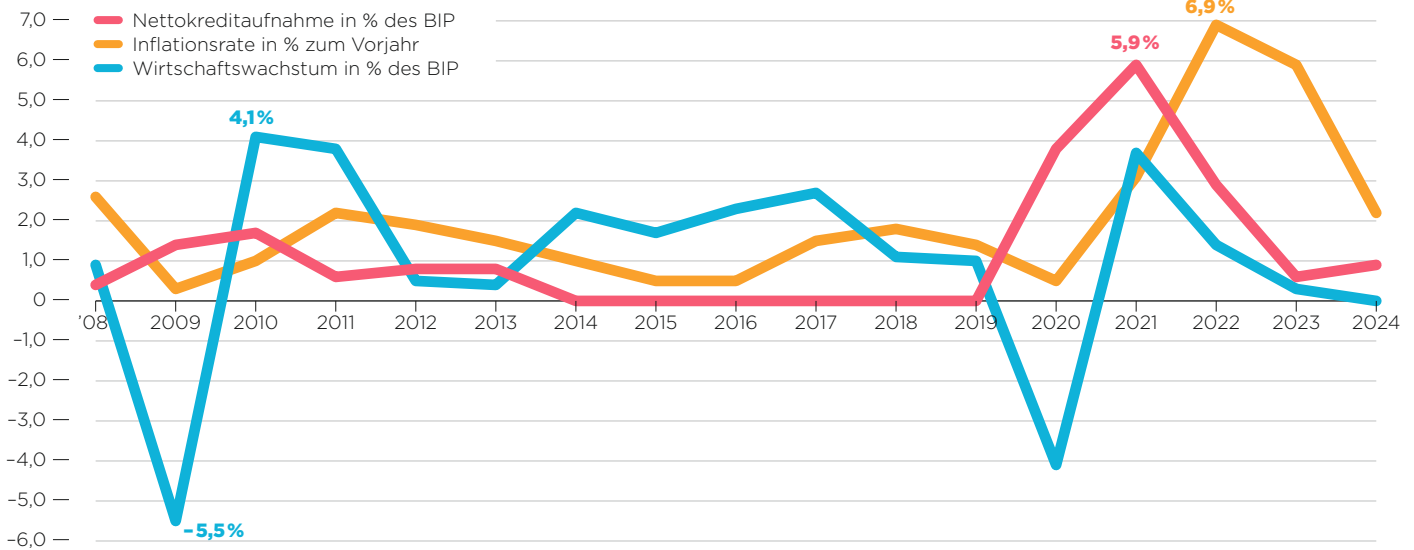
Das Neue daran: Es war der Staat, der den Wert der Münzen garantierte, der sie zur allgemein akzeptierten Währung machte, indem Steuern nur mit ihnen gezahlt werden konnten. Der britische Soziologe Geoffrey

Staatsverschuldung im EU-Vergleich: Schuldenquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Deutschlands Schuldenquote ist innerhalb der EU nicht ungewöhnlich hoch. Sie liegt knapp über 60 Prozent, der Vorgabe des Maastrichtvertrags – die allerdings keine wissenschaftliche Grundlage hat

Deutschlands Nettokreditaufnahme, Inflationsrate und Wirtschaftswachstum seit dem Finanzcrash 2008



Schaden neue Staatsschulden? Nicht automatisch. Eine zunehmende Nettokreditaufnahme lässt manchmal die Wirtschaft wachsen (ab 2008 und 2020). Die Inflation zieht aber nicht immer an (nur 2020).

Ingham hat dies den »militärischen Münzgeldkomplex« genannt. Diese Entwicklung vollzog sich auch in Indien und in China. Verschwanden die großen Armeen und ein starker Staat, verschwanden auch die Münzen weitgehend aus dem öffentlichen Leben. Das Kreditgeld in anderer Form blieb jedoch immer bestehen, wie der Kulturanthropologe David Graeber gezeigt hat.

Ebenfalls bemerkenswert: nichtstaatliche Kulturen, etwa von Jägern und Sammlern oder von Hirtennomaden, hatten zwar auch eine Vorstellung von Schulden. Aber als soziale Verpflichtung: Ich schulde dir für das, was du heute für mich getan hast, etwas in der Zukunft. Doch rechneten sie diese sozialen Schulden nicht exakt gegeneinander auf – sie schufen kein Kreditgeld. »Die Weigerung, Kredite und Schulden aufzurechnen, findet sich in der gesamten anthropologischen Literatur«, schreibt Graeber.

Mit der Entstehung der ersten Banken in Italien und England im 15. Jahrhundert etablierte sich schließlich die Banknote neben dem Münzgeld. Während Münzen möglicherweise noch einen Materialwert haben, wenn sie aus Gold oder Silber sind, geht dieser bei Banknoten gegen null. Die europäischen Staaten verbanden Noten

deshalb im 19. Jahrhundert mit dem Versprechen, dass ihr Besitzer sie bei der Notenbank etwa gegen eine geringe Menge Gold oder Silber eintauschen konnten. Doch bereits im frühen 20. Jahrhundert war das Versprechen eine Fiktion: 1913 waren allein im Deutschen Reich bereits 88 Prozent des auf Bankkonten aufbewahrten Geldes – des sogenannten Buchgeldes – ungesichert. Es wäre schlicht nicht genug Gold vorhanden gewesen, um allen Kontoinhabern ihr Geld in Gold einzutauschen.

Im Ersten Weltkrieg gaben die europäischen Staaten den Goldstandard auf. Seit rund einem Jahrhundert ist Geld deshalb nur noch sogenanntes Fiat-Geld. Sein Wert beruht ausschließlich darauf, dass der Staat es als gesetzliches Zahlungsmittel festgelegt hat, mit dem Steuern gezahlt werden müssen. Das lateinische Wort *fiat* bedeutet: »Es geschehe« oder freier: »So soll es sein.« Der Staat hat das Währungsmonopol: Er akzeptiert keine anderen Zahlungsmittel zur Begleichung von Steuern.

Diese jüngste Form des Geldes ändert aber nichts an seinem Kreditcharakter. Denn es kommt nur als Schuldverhältnis in die Welt. Wenn die Zentralbank es »schöpft«, wie es in der Fachsprache heißt, gibt es es

gegen Zins an die Geschäftsbanken heraus. In deren Bilanz steht es einerseits als Guthaben, mit dem sie operieren können, andererseits als Schulden bei der Zentralbank. »Geld entsteht also immer mit einer gleich hohen Schuld«, schreibt die Juristin Monika Stemmer in ihrem äußerst erhellenden Buch *Staat Macht Geld*.

Dieses Zentralbankgeld kann zwei Formen annehmen: unbares Geld als eine reine Zahl auf dem Konto, das eine Geschäftsbank bei der Zentralbank hat, oder Bargeld. Also die Scheine und Münzen, die aus dem Geldautomaten kommen. Der Anteil des Bargelds ist allerdings deutlich kleiner. »Geld ist in erster Linie ein auf Rechnern gespeichertes elektronisches Zeichen, das Zentralbanken ohne Einschränkungen erzeugen können«, betont der französische Ökonom Thomas Piketty.

Die Geschäftsbanken können Kredite an Unternehmen und Privatpersonen vergeben, und die haben dann ihrerseits ein größeres Guthaben, das sie ausgeben können – zum Beispiel für ein neues Elektroauto. Gleichzeitig schulden sie nun aber der Geschäftsbank den Kreditbetrag. Dieses Geld ist das sogenannte Buchgeld. Es gibt also zwei Geldkreisläufe: Das unbare Zentralbankgeld

zirkuliert nur zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken, das Buchgeld nur zwischen Geschäftsbanken und Unternehmen oder Privatpersonen. Einzig das Bargeld fließt durch beide Geldkreisläufe. Das klingt kompliziert, und viele wissen dies nicht, obwohl die Zentralbanken es in ihren Broschüren erläutern. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts haben fast alle Staaten dieses Prinzip der Geldschöpfung übernommen: Geld als gesetzliches Zahlungsmittel kommt nur durch Schulden in die Welt. Das moderne Geldsystem ist damit die letzte Inkarnation von fast 5.000 Jahren Kreditgeld.

Ob man Schulden nun moralisch zweifelhaft findet, spielt keine Rolle. Sie sind das Fundament des heutigen Kapitalismus, ohne das niemand ein Brot kaufen, die Miete bezahlen oder eine Investition tätigen könnte. Die Geldschöpfung mittels Schulden ist auch der Grund, warum sich Staaten nicht mit Unternehmen und Privathaushalten vergleichen lassen. Letztere müssen ihr Geld immer verdienen, der Staat kann es durch seine Institution der Zentralbank selbst schöpfen – und zwar unbegrenzt. Sein einziges Risiko: Er schöpft so viel Geld, dass es zur Inflation kommt, also die Preise für Waren, Dienstleistungen und Rohstoffe steigen. Aber pleitegehen wie ein Unterneh-

men kann er damit nicht. Solange die Verbraucherpreise nicht erheblich steigen, gebe es keinen Grund, der gegen ein hohes Maß an Geldschöpfung spricht, wenn sich damit sinnvolle Politiken wie Investitionen in Gesundheit, Bildung oder erneuerbare Energie finanzieren ließen, sagt Thomas Piketty.

Jahrzehnte lang gab es darüber einen Konsens, auch unter den meisten Ökonomen. In den 2000er-Jahren änderte sich das. Einige Ökonomen plädierten für eine sogenannte Schuldenbremse. Die Schweiz führte sie 2001 ein, Frankreich 2008, Deutschland verankerte sie im Grundgesetz 2009. Schuldenbremse bedeutet: Die Nettoverschuldung eines Jahres darf einen bestimmten Anteil des Bruttoinlandsprodukts, also der gesamten Wirtschaftsleistung, nicht überschreiten. In Deutschland sind das 0,35 Prozent. Eine Nettoneverschuldung wird nötig, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen ist: Ein Staat gibt mehr aus – für Sozialleistungen, seine Beschäftigten, die Verteidigung –, als er an Steuern hereinbekommt.

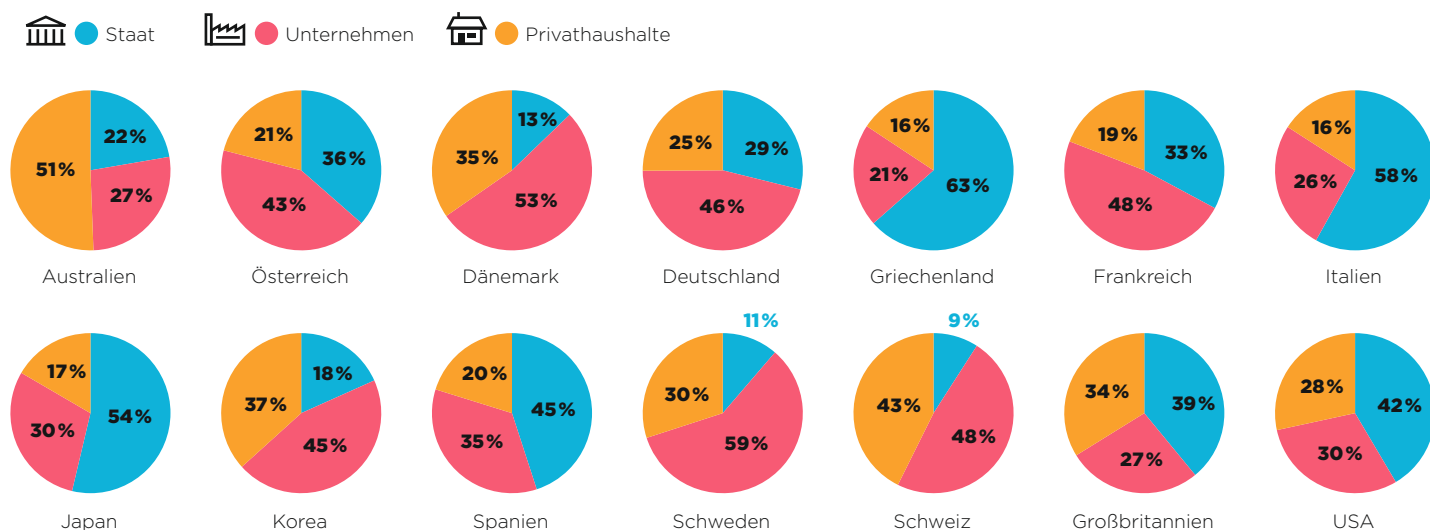
Auch hier gibt es das verbreitete Missverständnis, der Staat müsse doch zuerst durch Steuern genug »verdienen«, bevor er Geld ausgeben kann. Von der Entstehungsgeschichte her ist es genau andersherum:

Der Staat bringt erst das Geld in Umlauf, dann zahlen die Bürger damit ihre Steuern. Die innere Logik ist die gleiche wie im 7. Jahrhundert v. Chr.

In der Notsituation der Pandemie 2020 wurde schnell klar: Wenn der Staat nicht mächtig interveniert und Geld zur Verfügung stellt, bricht möglicherweise die Wirtschaft zusammen. Für einen solchen Fall gibt es ein weiteres Kreditinstrument: die Staatsanleihe. Der Staat verkauft Wertpapiere an Banken, Bürger und Unternehmen, für die er einen jährlichen Zins zahlt. Auch diese Anleihen kann der Staat de facto unbegrenzt herausgeben. Wird seine Wirtschaft von den internationalen Ratingagenturen als robust angesehen, gelten diese Staatsanleihen als gute Wertanlage. Zahlreiche Rentenfonds und Lebensversicherer in aller Welt halten sie. Denn sie wissen: Nach Ablauf der Anleihe zahlt der Staat das Geld zurück – auch wenn er dafür in der Regel neue Anleihen herausgeben muss.

Das sieht auf den ersten Blick durchaus wie ein unseriöses Kettenbriefsystem aus, das die Schulden endlos in die Zukunft verlängert. Doch hat dies mit mangelnder Seriosität nichts zu tun. Der moderne Kapitalismus funktioniert nur so. Über Schulden sind alle miteinander verbunden: Familien,

Schuldenanteil von Staat, Unternehmen und Privathaushalten an der Gesamtverschuldung ausgewählter Länder



Nicht nur Staatsschulden sind von Bedeutung: Unternehmen verschulden sich durch Investitionskredite, Privathaushalte durch Konsum- oder Immobilienkredite – die lösten in den USA 2008 den Finanzcrash aus

Unternehmen, Rentner, Banken, Versicherungen, alle. Ohne Schulden würden auch Unternehmen nicht funktionieren. Wenn sie neue Produkte herstellen und dafür Fabriken auf- oder ausbauen müssen, tun sie das mittels Krediten. Die werden meist nur nicht beim Namen genannt, sondern als »Investitionen« bezeichnet. Dieser positiv besetzte Begriff verschleiert, dass hier zeitweise Schulden gemacht werden – die das Unternehmen hoffentlich aus seinen Gewinnen zurückzahlen kann.

Deshalb befand der Sachverständigenrat für Wirtschaft der Bundesregierung 2007: »Die Forderung eines generellen Schuldenverbots wäre ökonomisch ähnlich unsinnig, wie Privatleuten oder Unternehmen die Kreditaufnahme zu verbieten. Ein solches Verbot ginge mit Einkommensverlusten einher.« Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich unter Hinweis auf die berühmte schwäbische Hausfrau, die nicht mehr ausgeben könne, als in der Haushaltskasse ist, dennoch für eine Schuldenbremse aus.

Der Ökonom Peter Bofinger schlägt vor, die Grenze der Neuverschuldung von 0,35 Prozent deutlich anzuheben. Wenn die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschulden in Form von Staatsanleihen bei vier Prozent liege, sei eine Neuverschuldung von bis zu 1,7 Prozent finanzierbar. Und mit einer höheren Neuverschuldung könnte der Staat dann eben die maroden Straßenbahnbrücken, Gleise, Schulgebäude und was sonst noch im Argen liegt, sanieren.

Auch Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaft, wird nicht müde, immer wieder präzise vorzurechnen, dass solche schuldenfinanzierten Investitionen des Staates einige Jahre später mit einer deutlich höheren Wirtschaftsleistung belohnt werden.

Das Haushaltsdefizit und damit die Neuverschuldung lassen sich noch anders begrenzen: durch mehr Steuereinnahmen. Diesen Weg haben sich die meisten EU-Länder durch Steuerreformen verbaut, indem sie die Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkünfte drastisch herabgesetzt haben, in manchen Fällen sogar auf null. Dem deutschen Staat sind durch die Reformen der 2000er-Jahre innerhalb eines Jahrzehnts 45 Milliarden Euro jährlich verloren gegangen, hat das Hans-

Böckler-Institut nachgerechnet. Mit solchen fehlenden Milliarden wurde dann eine strenge Sparpolitik begründet, die zulasten des Sozialstaats und öffentlicher Investitionen ging. Ein Teufelskreis: Der Staat steht als schlechter Verwalter da, was seine Glaubwürdigkeit, Steuern klug einzusetzen, senkt.

Wenn der Kapitalismus nicht ohne Schulden existieren kann – ist eine Welt ohne Schulden überhaupt vorstellbar? Es hat in der Geschichte eigentlich nur zwei Fälle gegeben, in denen Staaten nicht mit einem Kreditgeldsystem operiert haben. Der eine waren die realsozialistischen Staaten des 20. Jahrhunderts. Zwar gab es in deren Planwirtschaft eine Art von Schuldenverzeichnissen. Aber tatsächlich handelte es sich um »Zuweisungen des Staatshaushalts« an die volkseigenen Betriebe und »eben nicht um Kredite«, wie die Ökonomen Otto Steiger und Gunnar Heinsohn in den 1990ern festgestellt haben.

Der zweite Fall ist wenig bekannt: das Inka-Reich. Der komplexe Staat auf der anderen Seite des Atlantiks, in den Anden, existierte rund hundert Jahre, bevor er von einem spanischen Kolonialheer zerstört wurde. Ohne Geldsystem, ohne Schrift organisierte er das Leben von zehn Millionen Menschen. Baute eines der größten vormodernen Straßennetze der Geschichte, hervorragende Bewässerungssysteme, große Städte und Tempelanlagen.

Mithilfe eines ausgeklügelten Buchführungssystems, das in Knotenschnüren festgehalten war, *quipu* genannt, produzierte die Inka-Gesellschaft alles Lebensnotwendige. Die einzige Art der Steuer war Arbeitskraft, die die Menschen neben ihrer eigentlichen Arbeit in Landwirtschaft und Handwerk für Straßen- und Städtebau sowie für ein weites Netz von Vorratsspeichern erbringen mussten. Wer wie viele Stunden dafür arbeitete, war vermutlich im *quipu*-System notiert. Die Versorgung mit Lebensmitteln funktionierte – ohne Geld.

Ob die Inka glücklicher waren als die Menschen auf dieser Seite des Atlantiks, ist nicht überliefert. Über Schulden mussten sie sich jedoch nicht den Kopf zerbrechen. ■

Niels Boeing, Wissenschaftstheoretiker und Physiker, wundert sich, warum die Kredittheorie des Geldes bisher nur eine Randerscheinung in der Wirtschaftswissenschaft war.

Bereit für das nächste Abenteuer?



Mit unseren Sprachmagazinen einfach mehr verstehen!



Jetzt bestellen:
zeit-sprachen.de/
zeit-wissen